

Timon Gremmels

- (A) das kann der Mieter nicht. Deswegen ist es richtig, dass der CO₂-Preis von den Vermieterinnen und Vermietern getragen werden muss; denn nur sie haben es in der Hand, eine Wohnung energetisch zu sanieren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Christian Kühn [Tübingen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Für die Mieterinnen und Mieter gibt es auch eine Entlastung. Seit dem 1. Januar haben wir die EEG-Umlage auf 6,5 Cent gesenkt. Ohne diese Maßnahme würde die EEG-Umlage heute bei 9,6 Cent liegen. Auch das zeigt, dass wir das im Blick haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ausblick: Wir wollen eine ganzheitliche Betrachtung des Lebenszyklus haben. Wir müssen auch einen Schwerpunkt auf die graue Energie legen. Ich hätte mir gewünscht, dass wir da im GEG mehr erreichen. Aber dort ist zumindest ein Forschungsauftrag verankert.

(Christian Kühn [Tübingen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wahnsinn!)

Das muss zeitnah besser werden; hier brauchen wir mehr.

(Christian Kühn [Tübingen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Alles zu langsam!)

Wir brauchen auch eine Weiterentwicklung des Energieausweises zum Ressourcenausweis. Dafür steht die SPD.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Wir – das sollen meine letzten Worte sein, Herr Präsident – sind sehr gespannt. Die Petition „Bauwende JETZT!“ hat ihr Quorum erfüllt. Sie gibt Rückenwind. Ich bin froh, dass ich als Berichterstatter im Petitionsausschuss mich um das Thema kümmern kann. Am 1. März 2021 haben wir diese Petition in öffentlicher Beratung. Sie wird uns Rückenwind geben, und sie wird all diejenigen unterstützen, die der Auffassung sind: Für ein effizientes, klimaneutrales Wohnen muss mehr getan werden. – Da haben Sie uns an Ihrer Seite.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank. – Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 19/23152, 19/26182, 19/26183 und 19/26178 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es weitere Überweisungsvorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir wie vorgeschlagen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 und den Zusatzpunkt 2 auf:

- 8 Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Ersten Gesetzes zur Änderung des Bundesjagdgesetzes, des Bundesnaturschutzgesetzes und des Waffengesetzes**

Drucksache 19/26024

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (f)
Ausschuss für Inneres und Heimat
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
Ausschuss Digitale Agenda

(C)

- ZP 2 Beratung des Antrags der Abgeordneten Karlheinz Busen, Frank Sitta, Dr. Gero Clemens Hocker, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Wald geht nur mit Wild – Ideologiefreie Reform des Bundesjagdgesetzes

Drucksache 19/26179

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (f)
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Beschlossen ist für die Aussprache eine Zeitdauer von 30 Minuten.

Ich eröffne die Aussprache. Es beginnt die Frau Bundesministerin. Bitte schön, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Guten Abend, sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wir führen das Jagdrecht in die Zukunft und schützen unseren Wald. Das, was wir heute beraten, ist somit die erste größere Novelle des Bundesjagdgesetzes seit 1976, also seit 45 Jahren. Nach so vielen Jahren wird es Zeit, eine Anpassung des Bundesjagdgesetzes vorzunehmen – für die heutige und für die zukünftige Zeit. Wir tragen damit den Bedürfnissen der Jägerinnen und Jäger Rechnung; sie sind im Übrigen wichtige Partner bei der Bekämpfung der Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest. Ebenso schaffen wir einen Ausgleich zwischen Jägern und Waldbesitzern. Unser Motto lautet „Wald und Wild“, „Wald mit Wild“;

(Beifall bei der CDU/CSU)

wir wollen nicht das Gegeneinander von beidem.

Dass dieser Ausgleich nicht einfach ist, da müssen wir gar nicht drum herumreden; denn es hat mehrere Legislaturperioden gedauert, bis so etwas in den Bundestag eingebracht worden ist. Diejenigen, die glauben, einen Kompromiss hinzubekommen, indem sie einer Seite nach dem Mund reden, irren. Beides zusammenzubekommen, heißt, einen Kompromiss zu schließen.

Mit der Regelung zu Wild und Wald wird auch der nachhaltige Waldumbau flankiert. Mit der Neuregelung eines vernünftigen Ausgleichs zwischen Wald und Wild zeigen wir, dass die Wiederbewaldung und der Waldumbau gelingen können, wenn der Wildbestand angemessen angepasst ist – vor Ort, durch Absprache zwischen den Beteiligten. Die Eigenverantwortung unterstreichen wir durch die Einführung eines sogenannten Abschusskorridors und dadurch, dass wir zu einem Vegetationsgutachten noch ein Lebensraumgutachten hinzuziehen können. Das sind sinnvolle Instrumente. Wir haben auch weitere rechtliche Klarstellungen vorgenommen.

(D)

Bundesministerin Julia Klöckner

(A) Ich will klar sagen: Die Jägerinnen und Jäger sind nicht nur hier, sondern auch im Kampf gegen die ASP unsere sehr starken Partner.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Stephan Protschka [AfD] und Dr. Gero Clemens Hocker [FDP])

Sie sind es – das will ich sehr klar sagen –, die gemeinsam mit den Förstern Wald und Wild hegen und pflegen. Mit diesem Gesetz schaffen wir eine Balance. Die Hegepflicht und das Gebot des Tierschutzes im Grundgesetz sind hinreichender Schutz dafür, dass Arten nicht so stark reduziert werden, dass sie in ihrem Bestand bedroht werden. Alles andere wäre auch absolut fatal. Wer davon redet, hier gehe es um die Ausrottung des Rehwildes, der macht Panik und wird dem Ziel einer Kompromissfindung nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Gero Clemens Hocker [FDP])

Deshalb sage ich auch: Ja, es ist wichtig, dass wir hier auch Weiteres beschlossen haben. Wir haben uns in dieser Vorlage auch das Thema „Nachtzieltechnik und Infrarotaufheller“ vorgenommen. Wir haben das Verbot unter klaren, strengen Auflagen bei der Jagd des Schwarzwildes aufgehoben. Warum? Weil wir die Jägerinnen und Jäger an unserer Seite brauchen bei der Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest.

Wir gehen auch weiter, wenn es um die Frage der Bleimunition geht. Zur Bleimunition – auch das wissen die Fachleute – gibt es klare Untersuchungen. Nach diesen Untersuchungen – Stichwort: „Risikobewertung“ – ist nicht völlig auszuschließen, dass bei Extremverzehrern von Wildbret ein Risiko besteht; das ist das eine. Aber darüber hinaus ist auch der Bleieintrag in die Umwelt ein Problem, eine Belastung für die Umwelt. Ziel dieses Gesetzentwurfs ist es, den Verbraucherschutz und den Naturschutz zu stärken, aber gleichzeitig auch den Tierschutz sicherzustellen. Die Munition muss eine ausreichende, zielgerichtete Tötungswirkung haben, damit die Tiere nicht unnötig leiden müssen.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU)

Was haben wir noch geregelt? Ein bundesweiter Schießübungsnachweis für Gesellschaftsjagden wird eingeführt. Wir vereinheitlichen die Jäger- und Falknerausbildung sowie -prüfung, da sich in den vergangenen 40 Jahren wirklich deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern herausgebildet haben. Wir modernisieren die Jägerausbildung. Wildbrethygiene und Lebensmittelsicherheit werden eine stärkere Rolle spielen – das ist im Übrigen auch im Interesse der Jägerinnen und Jäger –, ebenso wie die Fächer Waldbau und Wildschadensvermeidung. Dann: das Verbot des Kaufs und Verkaufs von Tellereisen aus Tierschutzgründen und das Verbot der Jagd an Wildquerungshilfen im Sinne des Natur- und Artenschutzes, das Verbot von fangbereiten Fallen für Greifvögel, mit Ausnahme für Falkner, im Sinne des Tier- und des Tierartenschutzes und eine ergänzende Regelung bei der Festlegung der Jagdzeiten. Der Bußgeldrahmen wird sich verändern. Die Jagdhaftpflichtversicherung wird sich verändern. Und es gibt auch eine einheitliche Regelung zum Schutz vor Wildverbiss.

(C) Das ist alles nicht einfach, aber wir haben es angepackt. Diejenigen, die sich einzelne Punkte rausnehmen und kritisieren, um ein Ganzes zu verhindern, die handeln unverantwortlich. Wir als Große Koalition handeln verantwortlich.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank, Frau Ministerin. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Peter Felser, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Peter Felser (AfD):

Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was wäre der deutsche Wald ohne das in ihm heimische Wild, Hirsch, Sau, Fuchs und Reh? Beides gehört doch untrennbar zusammen: Wald und Wild.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Mit Verlaub und mit allem Respekt, Frau Ministerin: In Ihrem Entwurf steht das Gegenteil von dem, was Sie gesagt haben. „Wald gegen Wild“ ist dort leider Ihr Leitmotiv.

(Hermann Färber [CDU/CSU]: Das stimmt doch gar nicht!)

– Doch. – Dieser Gesetzentwurf ist getrieben von Angst: Angst vor dem Klimawandel, Angst vor Wildschäden und vor allem Angst vor wirtschaftlichen Einbußen in der Forstwirtschaft. Schwarz-Rot fordert hier: Feuer frei auf Leittiere, also auch auf Muttertiere;

(Zuruf von der CDU/CSU: Wo denn?)

Feuer frei auf Tiere mit ungeborenem Nachwuchs; Feuer frei zu allen Tageszeiten,

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

zur Not sogar mit Nachtzielgeräten – Sie haben es gerade angesprochen –,

(Artur Auernhammer [CDU/CSU]: Keine Ahnung!)

wie sie sonst nur von Soldaten im Krieg benutzt werden.

(Lachen des Abg. Dr. Gero Clemens Hocker [FDP] – Hermann Färber [CDU/CSU]: Was?)

Das lehnen unsere Jäger ab, und das lehnen auch wir mit Nachdruck ab.

(Beifall bei der AfD)

Lassen Sie uns sachlich darüber reden.

(Lachen bei der CDU/CSU und der FDP – Zuruf von der SPD: Der war gut!)

Wir von der AfD sind bekannt dafür, dass wir den Waldumbau mit sachlichen Argumenten voranbringen wollen. Sie haben es ja im Ausschuss auch mitbekommen: Wir gehen die Sache ganzheitlich an. Zum Beispiel fordern wir seit Langem eine Fokussierung auf die Verbesserung von forstlichem Saatgut. Wir müssen jetzt die Baumarten züchten und weiterzüchten, die unseren Wald auch noch in 30, 50 oder 80 Jahren stärken. Wir fordern immer

Peter Felser

- (A) wieder im Ausschuss oder in unseren Anträgen, endlich das Personal in den Forstämtern wieder aufzustocken. So gelingt Waldumbau!

(Beifall bei der AfD)

Bei Ihnen hat man das Gefühl, dass hier einseitig die Forstpartie gegen die Jäger ausgespielt wird. Die Forstwirtschaft wird gegen die heimischen Wildtiere und gegen den Tierschutz ausgespielt. Zeile für Zeile sprechen aus Ihrem Entwurf das Weltbild der Lobbyverbände mit ihren Forderungen, die Profitgier und die rein wirtschaftlichen Aspekte heraus. Genau das ist der Inhalt Ihrer Gesetzesvorlage. Das ist ein Lobbygesetz und nichts anderes, liebe Kollegen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Hermann Färber [CDU/CSU])

Aus zwanzigjähriger Erfahrung als Jäger weiß ich, dass zum Schutz des Waldes und der Wildbestände Eingriffe nötig sind – das ist klar –, aber ich wehre mich mit Nachdruck dagegen, alle bisherigen Regeln ohne Not über den Haufen zu werfen. Das, was Sie vorschlagen, ist in der Praxis auch gar nicht möglich. Sie hätten einmal die Jäger und die Jagdverbände fragen sollen; aber die wurden erst gar nicht richtig eingebunden.

(Henning Otte [CDU/CSU]: Sie sind selbst Jäger!)

- (B) An dieser Stelle möchte ich mich für das Engagement unserer Jäger bedanken. Frau Ministerin, auf diese engagierten Frauen und Männer werden Sie bei der Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest noch dringend angewiesen sein. Mein aufrichtiger Dank geht an dieser Stelle an die deutschen Jäger.

(Beifall bei der AfD)

Der Wald kann nicht von allein und ohne Schutzmaßnahmen wachsen. Jetzt haben Sie in der Vorlage auch noch den Begriff „Naturverjüngung“ gestrichen; der Wald soll sich nun nur noch selbst verjüngen. Wenn wir für den Waldumbau Douglasien, Eiben, Elsbeere und auch Ahorn pflanzen, dann geht das nicht ohne Schutzmaßnahmen. Das weiß jeder, der auch nur ein wenig im Wald oder mit dem Wald zu tun hat. Gerade bei den fremdländischen Baumarten brauchen wir weiterhin einen Verbisschutz. Sie können unser Schalenwild bekämpfen, wie Sie wollen: Das allerletzte Reh, das dann irgendwo noch übrig bleibt, wird Ihnen diese Bäume dann doch wieder verbeißen oder schälen.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wildtierbiologie ist auch nicht so einfach, oder?)

Hören Sie endlich auf, das Reh als Schädling zu diffamieren! Hören Sie auf, unserem heimischen Wild die Schuld am Klimawandel zu geben!

(Beifall bei der AfD – Lachen bei der SPD – Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Klamauf war das!)

Die Jagd, das Schießen ist doch nicht der einzige Aspekt, wenn wir über den Waldumbau sprechen. Diesen Irrsinn machen wir nicht mit. Liebe Kollegen, kehren Sie zurück zu einem Wald-Wild-Management, das nachhaltig

ist, nachhaltig im wahrsten Sinne des Wortes. Kehren Sie zurück zu den ethischen Grundsätzen, die wir dem heimischen Wild schuldig sind. Wald mit Wild, das sind wir im 21. Jahrhundert der Natur, unserer Umwelt, unserer Heimat schuldig. Liebe Kollegen, kehren wir zurück zu dem Grundsatz „Den Schöpfer im Geschöpfe ehren“, wie es Hunderttausende Jäger in diesem Land gelernt und verinnerlicht haben.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank. – Jetzt kommt die Kollegin Isabel Mackensen, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Isabel Mackensen (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Der uns vorliegende Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht die Änderung des Bundesjagdgesetzes, des Bundesnaturschutzgesetzes und des Waffengesetzes vor. Wir stehen beim Thema „Wald und Wild“ vor Zielkonflikten zwischen der Jägerschaft und den Waldbesitzenden; das ist schon angesprochen worden. Beiden Seiten geht der Gesetzentwurf nicht weit genug.

Auf der einen Seite haben wir die Jägerschaft. Jägerinnen und Jäger erhalten Natur- und Lebensräume, sie regulieren die Wildbestände nachhaltig, tragen zur Verringerung der Wildschäden im Wald bei und sorgen für die Verkehrssicherung. Natürlich nicht zu vergessen: Sie stellen ein hochwertiges Nahrungsmittel bereit; denn beim Wildbret handelt es sich um ein saisonales, regionales und heimisches Naturprodukt, welches höchste ethische und tierschutzrechtliche Standards erfüllt. Und – es ist schon angesprochen worden – bei der Afrikanischen Schweinepest leistet die Jägerschaft unglaubliche Unterstützung, um – bis vor Kurzem – den Ausbruch zu verhindern und jetzt eben die Ausbreitung zu reduzieren. Dazu zählen die verstärkte Bejagung von Schwarzwild sowie die Fallwildsuche.

(Beifall des Abg. Karlheinz Busen [FDP])

– Herr Busen, Sie können ja gleich noch – ich freue mich schon darauf – Ihren Antrag weiter vorstellen.

Auf der anderen Seite haben wir die kommunalen und privaten Waldbesitzenden, die vor riesigen Herausforderungen stehen; denn der Klimawandel ist bereits da. Wir sehen ihn vor allem im Wald. Wir haben ein zweites Waldsterben infolge von Stürmen und Borkenkäferbefall sowie des dritten Trockenjahrs, das wir in den Wäldern jetzt sehen. Deshalb geht es nicht darum, dem Wild den Klimawandel unterzuschieben, zu sagen, es sei schuld; vielmehr sehen wir, dass der Klimawandel da ist. Wir müssen jetzt handeln.

Damit wir dem Klimawandel begegnen können, damit wir einen Mischwaldbestand in den Wäldern aufbauen können, müssen wir junge Bäume nachwachsen lassen.

(Beifall bei der SPD – Rainer Spiering [SPD]: Genau!)

Isabel Mackensen

- (A) Das Problem bei diesem Nachwuchs ist, dass das Rehwild insbesondere von jungen Bäumen die Triebe frisst und die Rinde abschält, vor allem von denen, die selten im Revier vorkommen. Es ist aber für die Etablierung klimaresilienter Mischwälder neben der Naturverjüngung – Naturverjüngung heißt, dass der natürliche Nachwuchs durch Samen von umstehenden Bäumen erfolgt – besonders wichtig, dass wir die Pflanzen und die Aussaat von Mischbaumarten in den Wald miteinbringen; denn nur das schafft den klimaresilienten Wald. Und das muss im Wesentlichen ohne Schutzmaßnahmen erfolgen. Es ist schon angesprochen worden, und es steht auch im Antrag der FDP: Es wäre natürlich wünschenswert, wenn wir das hinbekommen könnten mit Schutzmaßnahmen. Es ist aber aufgrund der riesiggroßen Schadfläche nicht zu finanzieren und nicht umsetzbar.

Deshalb müssen wir jetzt über die Regelung der Abschussplanung gehen; das wurde schon vorgestellt.

(Zuruf der Abg. Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE])

Es ist vorgesehen, dass wir eine Vor-Ort-Regelung treffen, eine Absprache vor Ort zwischen den Beteiligten, den Jägerinnen und Jägern und den Waldbesitzenden. Diese sollen ein Vegetationsgutachten über die Verbiss-situation erstellen, auf dessen Grundlage dann ein Mindest- und ein Höchstabschuss vereinbart werden. Wenn keine Einigung vor Ort stattfindet, wird die zuständige Behörde eingreifen und einen Abschussplan vorstellen.

- (B) Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen die Eigenverantwortung vor Ort stärken. Wir wollen, dass sich die Jägerschaft und die Waldbesitzenden auf Augenhöhe begegnen. Mit dem Gesetzentwurf werden die Verantwortlichen vor Ort in die Pflicht genommen, und der Bund soll lediglich den dafür notwendigen Rahmen vorgeben. Deshalb halten wir dieses Vorgehen auch für absolut sinnvoll.

Weiterhin ist es auch wichtig – das unterstützen wir –, eine Lebensraumanalyse vor Ort anzufertigen, nicht nur, um festzustellen, wo das Wild zurückgedrängt werden kann, sondern auch, um zu gewährleisten, dass es einen Rückzugsort findet, der frei von Freizeitdruck ist und Äsungsflächen bietet. Denn das Wild ist kein Schädling; es gehört zum Wald und ist ein wichtiger Teil des komplexen Waldökosystems.

Wir, die SPD-Bundestagsfraktion, stehen ganz klar für Wald *und* Wild. Im anstehenden parlamentarischen Prozess ist es unsere Aufgabe, einen Kompromiss zwischen den unterschiedlichen Interessen zu finden, ganz nach dem Motto: Miteinander statt gegeneinander.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Rainer Spiering [SPD]: Und wir merken: Die wahre Mitte ist die SPD!)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank, Frau Kollegin Mackensen. – Der nächste Redner ist der Kollege Karlheinz Busen, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Karlheinz Busen (FDP):

(C) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Wald mit Wild“ wird gepredigt, aber leider steht im Gesetzentwurf „Wald vor Wild“. Frau Ministerin, Sie glauben doch wohl nicht im Ernst, dass durch Mindestabschussquoten für Rehwild und durch Vegetationsgutachten, welche durch die Forstbehörden erstellt werden, die Aufforstungen und Naturverjüngungen geschützt werden können. Der Waldumbau mit der Waffe muss insgesamt hinterfragt werden.

Rehwild ist nur ein Faktor. Vergessen Sie nicht die Schäden durch Mäuse im Wald,

(Carsten Träger [SPD]: Ach du lieber Gott!)

die massiv an Jungpflanzen nagen und sie vernichten. Statt also Jägerinnen und Jäger zu verpflichten, Rehwild in großen Mengen zu schießen, sollten mehr störungsfreie Ruhezone geschaffen werden, gerade in unseren Staatswäldern.

(Beifall bei der FDP – Stephan Protschka [AfD]: Die FDP stellt Mäusefallen auf! – Zurufe von der SPD)

Frau Ministerin, mit diesem Gesetzentwurf degradieren Sie die vielen ehrenamtlichen Jägerinnen und Jäger zu Erfüllungsgehilfen für die Waldwirtschaft. Statt Wald und Wild miteinander in Einklang zu bringen, treiben Sie einen Keil zwischen Jäger und Förster. Wir alle wissen: Die Jägerinnen und Jäger erledigen seit Jahren ihren Job; das zeigen auch die Wildstrecken.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Offensichtlich nicht!)

(D) Natürlich gibt es Verbiss in den Wäldern. Das hat natürlich auch mit Wildbeständen zu tun; aber vielmehr müssen die Verbesserung der Lebensräume und das Äsungsangebot im Vordergrund stehen.

(Beifall bei der FDP)

Das bedeutet, dass wir auch über die Verhaltensregeln im Wald nachdenken müssen, um zu erreichen, dass Waldnutzer auf den Wegen und Pfaden bleiben und nicht das Wild ständig beunruhigen und vertreiben. Ich kenne gute Beispiele, wo Wald mit Wild auch so funktioniert.

Meine Damen und Herren, mit dem Erhalt eines gesunden und artenreichen Wildbestandes hat dieser Gesetzentwurf wenig zu tun. Die Hegepflicht wird hier entkernt. Die verfassungsrechtlichen Bedenken, Frau Ministerin, sind dabei ebenfalls nicht zu unterschätzen. Statt mildere Maßnahmen zum Schutz der Wälder zu fördern, sollen Wildtiere in großer Zahl erlegt werden. Das aktuelle Bundesjagdgesetz bietet bereits Maßnahmen zur Verminderung von Wildschäden, und das reicht auch völlig aus. Was im Gesetzentwurf nach Vereinbarungen auf Augenhöhe aussieht, ist in Wahrheit also genau das Gegenteil: Die Jägerschaft hat im Zweifel dann das zu tun, was die Forstbehörden vorgeben. – Genauso wie der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ist aber auch der Schutz der Tiere in Artikel 20a des Grundgesetzes Staatsziel in unserer Verfassung.

Wir begrüßen allerdings in Ihrem Gesetzentwurf die einheitliche Jagdausbildung. Die ist längst überfällig, und das wollen wir auch mittragen. Wir stimmen dem Antrag auf Überweisung zu.

Karlheinz Busen

(A) Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Die Kollegin Dr. Kirsten Tackmann, Fraktion Die Linke, hat als Nächstes das Wort.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Gabriele Katzmarek [SPD])

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

Herr Präsident! Frau Ministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht in der Debatte um das Ziel, zu hohe Wildbestände deutlich zu reduzieren – und das mit jagdlichen Mitteln. Ja, in vielen Regionen sind Wildbestände leider so hoch, dass junge Bäume den Schutz von Zäunen brauchen. Das ist teuer und zerschneidet Lebensräume – hat also Nachteile. Diese jungen Bäume werden aber dringend gebraucht: nicht nur für den Waldumbau, der schneller gehen muss, sondern leider unterdessen auch für den Ersatz in Wäldern mit Sturm- oder Dürreschäden.

Zum Glück gibt es einen Konsens in der Gesellschaft und auch hier im Bundestag, nämlich dass wir unseren Kindern gesunde und zukunftsfähige Wälder hinterlassen müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Gerade unserem Land wird ja auch ein geradezu mystisches Verhältnis zum Wald nachgesagt, was es übrigens umso absurder macht, dass noch immer Wälder für Tagebaue oder Autobahnen gerodet werden.

(B)

(Beifall der Abg. Simone Barrientos [DIE LINKE])

Es ist unstrittig, dass Wildbestände vielerorts reduziert werden müssen. Dabei geht es auch nicht nur um Forstinteressen. Als Veterinär-Epidemiologin warne ich seit vielen Jahren vor dem hohen Risiko historisch hoher Schwarzwildbestände im Zusammenhang mit Afrikanischer Schweinepest. Gleichzeitig sind die Ursachen hoher Wildbestände aber sehr vielfältig. Gerade als Tierärztin muss ich vor dem ganzen großen Halali trotzdem daran erinnern: Auch Wildtiere sind Lebewesen, und sie gehören zum Ökosystem Wald.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie dürfen nicht auf Forstschädlinge reduziert werden! Also nicht Wald vor Wild – das ist hier schon mehrfach gesagt worden –, sondern Wald und bzw. mit Wild; darum geht es.

Die Zweifel, ob die Neuregelungen erforderlich, geeignet und verhältnismäßig sind, müssen wir deshalb – aus meiner Sicht jedenfalls – in der Anhörung noch mal sehr ernsthaft diskutieren.

Es gibt aber sehr gute Beispiele, wie Wald mit Wild gelingen kann. Von diesen Erfahrungen müssen wir dringend lernen. Das Ziel ist klar: Waldumbau und Wiederaufforstung müssen erfolgreich sein, und zwar möglichst ohne Zäune. Ja, dazu werden standortangepasste Wilddichten gebraucht, und kluge Jagdkonzepte gehören unbedingt dazu. Gelingen kann das aber nur in enger

Zusammenarbeit vor Ort: zwischen Landbesitzenden, der Land- und Forstwirtschaft, der Jägerschaft und den Behörden. (C)

Die Debatte wäre aus meiner Sicht sehr viel leichter, wenn es ein gesellschaftlich anerkanntes Leitbild Jagd gäbe. Denn bei der Frage nach der Aufgabe von Jagd und ihren erlaubten Handlungsspielräumen ist ein sehr, sehr breites Meinungsspektrum festzustellen. In der Waldstrategie 2020 hatte die damalige Bundesministerin Frau Aigner ein solches Leitbild Jagd angekündigt. Das war sehr mutig, und ich war schon sehr neugierig auf die sicherlich sehr spannungsgeladene Debatte; nur hat sie eben nicht stattgefunden – leider.

Aus linker Sicht muss Jagd als Gemeinwohlaufgabe im Ökosystem Wald definiert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Und: Jagdausübung darf kein Privileg elitärer Geldbeutel sein, sondern muss auf der Leidenschaft für einen gesunden, standortangepassten Wildbestand beruhen. Außerdem wird zur Konfliktlösung mehr Jagd- und Wildforschung gebraucht, genauso wie gut ausgebildetes und gut bezahltes Personal im Wald. Nur allein mehr Jagd wird das Problem nicht lösen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Für Bündnis 90/Die Grünen hat das Wort der Abgeordnete Harald Ebner. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Laut Europäischer Chemikalienagentur gelangen EU-weit über Jagdmunition jedes Jahr 19 000 Tonnen Blei in die Umwelt. Das belastet Ökosysteme, wildlebende Arten und über Bleirückstände im Wildfleisch auch die menschliche Gesundheit. Deshalb muss diese andauernde Vergiftung endlich ein Ende haben!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Carsten Träger [SPD])

Es gibt sichere, bleifreie Munition, die die Anforderungen erfüllt. Aber entgegen aller schönen Worte von Ministerin Klöckner traut sich die Bundesregierung nicht an das Thema ran. Sie verschleppen mit Ihrer Jagdgesetznovelle den Bleiausstieg auf den Sankt-Nimmerleins-Tag. Sie stellen das Ziel der Bleifreiheit nicht nur unter Wirtschaftlichkeitsvorbehalt und schaffen damit scheunentorgröße Schlupflöcher, sondern Sie sehen auch keine Aufbrauchfrist für alte Bleimunitionsbestände vor. Das heißt: Wer nicht umsteigen will, kann sich jetzt noch schnell mit Bleimunition eindecken, am besten mit einem Lebensvorrat, und dann jahrzehntelang weiter die Umwelt belasten. Frau Klöckner, das ist kein Bleiausstiegsgesetz, sondern eine Einladung für Bleimunitionshamsterkäufe.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Harald Ebner

- (A) Bleifrei ist aber nicht nur an der Zapfpistole, sondern auch in der Jagdwaffe möglich und vor allem überfällig.

Ein zweiter Punkt wurde schon angesprochen: der Wald. Seit Jahren ist klar, dass Nadelholzmonokulturen in der Klimakrise keine Zukunft haben, weder ökologisch noch ökonomisch. Drei Dürrejahre in Folge haben das eklatant verdeutlicht. Ein zügiger Waldumbau hin zu naturnahen Mischwäldern mit mehr Laubbäumen ist nötiger denn je, um stabile Waldökosysteme zu erreichen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei sind wir auf so viel Naturverjüngung wie irgend möglich angewiesen. Auch um diese zu ermöglichen, muss die Jagd ihren Teil dazu beitragen, sodass alle standortheimischen Haupt- und Nebenbaumarten des Waldes ohne Schutzmaßnahmen wie Zäune aufwachsen können. Das heißt: angepasste Wilddichten im Rahmen eines modernen Wildtiermanagements, Kollege Busen. Aber genau das machen Sie eben nicht, Frau Klöckner!

Vegetationsgutachten können aufzeigen, ob Wald- und Wildbestand im Gleichgewicht stehen oder ob gezielt mit Maßnahmen nachgesteuert werden muss. Dabei müssen auch Störfaktoren für das Wild und das landschaftliche Waldumfeld bedacht werden. Aber solche objektiven, faktenbasierten Analysen sind im Gesetzentwurf eben nicht verbindlich vorgesehen, und das Ausmaß des Problems bleibt dann allzu oft im Dunkeln. In jedem Fall kann besseres Wildtiermanagement nur zusammen mit den Nutzerinnen und Nutzern sowie Grundbesitzerinnen und -besitzern gelingen; deren Rolle ist zu stärken.

- (B) Wir fordern, dass Sie den Gesetzentwurf in diesen Punkten nachschärfen.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der nächste Redner ist der Kollege Hermann Färber, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Hermann Färber (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Novelle zum Bundesjagdgesetz liegt auf dem Tisch. Die Inhalte wurden von der Frau Ministerin schon erwähnt: die Bleiminimierung in der Büchsenmunition, die Vereinheitlichung der Jäger- und Falknerprüfung, der Schießübungsnachweis bei Gesellschaftsjagden, die Definition, was eigentlich eine Gesellschaftsjagd ist, das Thema „Nachtzieltechnik für die Bejagung von Schwarzwild und invasiven Arten“, das Thema „überjagende Hunde“, die Erhöhung der Deckungssumme bei der Haftpflichtversicherung, die Unterstützung beim Schutz der Waldverjüngung und noch mehrere Dinge – also sehr umfangreich.

Allerdings, Herr Kollege Felser, steht das, was Sie hier vorgetragen haben, da alles nicht drin.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Albert Stegemann [CDU/CSU]: Richtig!)

- (C) Da wäre es gut, Sie würden vielleicht mal Ihr Dokument prüfen; vielleicht haben Sie in einem falschen Dokument gelesen.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Einige dieser Punkte sollen bundesweit einheitlich geregelt werden und erhalten mit diesem Gesetz einen entsprechenden rechtlichen Rahmen; andere können nur vor Ort geregelt werden.

Nicht erst seit der Pandemie haben die Menschen den Wald wieder für sich entdeckt. Das ist ja auch sehr erfreulich, diese Neuentdeckung der Natur durch den Menschen. Andererseits bringen natürlich Spaziergänger – ob jetzt mit oder ohne Hunde –, Wanderer, Pilzsammler, Mountainbiker und Geocacher im Wald viel Unruhe und auch gewaltige Herausforderungen mit sich. Das gilt zum einen für die Waldbauern; denn Sicherheitsmaßnahmen werden ignoriert und Holzfällarbeiten immer gefährlicher und schwieriger. Das gilt für die Jäger, die von Joggen selbst noch lange nach Einbruch der Dunkelheit im Wald berichten und deshalb kaum noch schießen können. Es gilt aber auch für das Wild; denn durch die zunehmende Beunruhigung steigt der Energiebedarf, und das Wild zieht sich immer mehr und mehr in den Wald zurück und frisst natürlich durch den gestiegenen Energiebedarf immer mehr Pflanzen ab.

(Beifall des Abg. Karlheinz Busen [FDP])

Deshalb soll neben der Verjüngung der Vegetation künftig auch der Lebensraum des Wildes eine Rolle spielen.

- (D) Der eigentliche Geist dieser Novelle setzt deshalb überhaupt nicht auf staatliche Vorgaben, sondern auf Vereinbarungen der Vertragspartner vor Ort. Lieber Herr Kollege Busen, der Mindestabschuss soll eigentlich gar nicht vom Staat festgesetzt werden, sondern erst dann, wenn die Vertragsparteien vor Ort zu keiner Verständigung kommen – dann muss es ja auch eine Lösung geben; dann muss es ja auch irgendwie weitergehen –, soll sich das Jagdamt der Sache annehmen und sich darum kümmern. Solange die Vertragspartner vor Ort zu einer Lösung kommen und diese auch plausibel ist, ist das überhaupt nicht notwendig.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das betrifft nicht nur die Höhe der Abschusszahlen, sondern auch die Schwerpunktbejagung auf Verjüngungsflächen, Wildlenkungen mithilfe von Asungsflächen, Wildruhezonen und damit auch die Lenkung menschlicher Freizeitaktivitäten.

In diesem Sinne freue ich mich auf die Beratung im Ausschuss.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Das Wort hat für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Carsten Träger.

(Beifall bei der SPD)

(A) Carsten Träger (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie oft haben wir an dieser Stelle über die Klimakrise und ihre Folgen debattiert! Wie oft haben wir an dieser Stelle über die genauso bedrohliche Krise des Rückgangs der Artenvielfalt in Deutschland debattiert! Deswegen ist es gut, dass wir heute über die Novelle des Bundesjagdgesetzes debattieren; denn sie leistet einen wertvollen Beitrag, um beiden Krisen zu begegnen. Sie leistet einen Beitrag zum Naturschutz in unseren Wäldern.

Kolleginnen und Kollegen, der Wald braucht unsere Hilfe, und deshalb haben wir vor wenigen Wochen hier den Weg freigemacht, um 500 Millionen Euro in die nachhaltige Waldbewirtschaftung fließen zu lassen. Deswegen müssen wir jetzt auch B sagen und den Weg für die Aufzucht von klimaresilienten Baumarten freimachen. Uns muss bewusst sein, dass gesunde Mischwälder nicht nur ein wichtiger CO₂-Speicher sind. Sie sind auch ein wichtiger Rückzugsraum für die unterschiedlichsten Arten im Wald. Sie sind die Trutzburg der Artenvielfalt, und wir schützen, wenn wir sie schützen, auch unsere Lebensgrundlagen.

Damit wir unsere Wälder nun auch klimaresilient aufforsten können, enthält diese Novellierung auch Regelungen zur Anpassung von Rehwildbeständen. Ich halte den Abschusskorridor mit einer Ober- und einer Untergrenze, die von den Fachleuten vor Ort vereinbart wird, für einen gangbaren Kompromiss, in dem sich sowohl die Jäger als auch die Waldbesitzer wiederfinden können. Die Rehwildbestände können so auf ein walddverträgliches Maß angepasst werden, und das Ökosystem mit gesunden Wildbeständen bleibt im Gleichgewicht. So, liebe Kolleginnen und Kollegen, funktioniert eine zukunftsfähige Waldbewirtschaftung.

(Beifall bei der SPD)

Zu guter Letzt begrüße ich sehr, dass wir im Rahmen dieser Novelle – es ist schon gesagt worden – eine ganze Reihe von anderen Themen anpacken werden. Ich möchte noch darauf eingehen, dass wir nun bleifreie Alternativen zur Büchsenmunition fordern; denn die Folgeschäden von bleihaltiger Munition sind enorm – nicht zuletzt für die kleineren Tiere im Wald und die Vögel, die das verschossene Schrot mit der Nahrung aufnehmen und dann an diesem Gift elendig zugrunde gehen. Deswegen sind eine Reduzierung der Bleiabgabe, aber auch die Forschung mit dem Ziel einer verbesserter Tötungswirkung für mich wichtige Gründe für eine Neuregelung.

Die Novelle des Bundesjagdgesetzes ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Klima-, Natur- und Umweltschutz, und deswegen glaube ich, dass wir gute Beratungen haben werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank. – Das letzte Wort am heutigen Tag

(Gabriele Katzmarek [SPD]: Das glaube ich nicht!)

hat der Kollege Artur Auernhammer, CDU/CSU-Fraktion. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Artur Auernhammer (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Jagdrecht ist schon seit Generationen Teil des Eigentumsrechtes; das muss man hier auch mal erwähnen. Teil des Eigentumsrechtes heißt: Jeder Waldbesitzer und jeder Landwirt besitzt das Jagdrecht als Teil seines Eigentums. Und es werden Jäger beauftragt, die Jagd durchzuführen. In erster Linie ist es diesen beiden Parteien auferlegt, sich zu einigen, wie die Jagd aussehen und geregelt werden soll. Das funktioniert in sehr vielen Revieren in Deutschland, und das ist auch gut so, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Trotzdem gibt es in Bezug auf das Bundesjagdgesetz einen Regelungsbedarf. Wir haben im Koalitionsvertrag dazu vereinbart, dass wir das Thema Bleiminimierung angehen – auch vor dem Hintergrund des Tierschutzes durch Weiterentwicklung guter Munition – und dass wir auch – das ist mir besonders wichtig – das Thema Schießübungsnachweis, gerade für Gesellschaftsjagden, angehen; denn wer schon mal auf einen laufenden Keiler geschossen und ihn verfehlt hat, der weiß, dass es besser gewesen wäre, wenn er dies vorher im Schießkino schon einmal probiert hätte, um nicht unnötiges Tierleid hervorzurufen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, immer mehr junge Menschen legen die Jagdprüfung ab, und es freut mich ganz besonders, dass 25 Prozent der Jungjäger weiblich sind. Wir müssen zusehen, dass wir bundesweit eine einheitliche Jäger- und Fischerprüfung bekommen. Das wäre ein gutes Signal, weil sich diese Menschen draußen im Wald und auf dem Feld für Naturschutz und Biodiversität sowie für Hege und Pflege der Natur engagieren. Deshalb ist diese einheitliche Jägerprüfung wichtig. Wir wollen keinen Tourismus von Jägerprüfungsanwärtern, die vielleicht sogar im Ausland ihre Prüfung ablegen, sondern wir wollen hier eine einheitliche Vorgehensweise. (D)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Jäger und die Jägerinnen haben sehr viele Aufgaben. Die Themen „Afrikanische Schweinepest“ und „Artenvielfalt und Naturschutz“ sind angesprochen worden. Wir haben vor Ort – insbesondere beim Miteinander von Jagd und Landwirtschaft – natürlich auch Schwierigkeiten; das wollen wir nicht in Abrede stellen. Im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik haben wir aber auch entsprechende Instrumente geschaffen, zum Beispiel dass Schusschneisen angelegt werden und der Mais nicht bis zu den Waldrändern angepflanzt werden muss, sondern auch Alternativen angepflanzt werden können. Das alles ist in der Gemeinsamen Agrarpolitik bereits geregelt, und das sollten auch die Akteure vor Ort umsetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch ein Satz zum Walddumbau, wenn Sie erlauben, Herr Präsident. Es ist wichtig, dass wir einen Blick auf die Rehwildbestände werfen. Auch wenn es auf einer Fläche von

Artur Auernhammer

(A) 500 Hektar Wald vielleicht nur noch ein einziges Reh gibt, wird dieses Reh, wenn wir eine neue Baumart in den Wald einbringen bzw. anpflanzen – so ist meine Erfahrung –, diesen Baum finden. Es wird in diesem Fall also nicht ohne Schutz gehen, und deshalb müssen wir hier einen ausgewogenen Vorschlag machen.

Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss. Der Regierungsentwurf ist sehr gut, und es gilt das alte parlamentarische Gesetz: So wie ein Gesetz eingebracht wird, wird es diesen Bundestag nicht verlassen.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das ist das Struck'sche Gesetz! So viel Redlichkeit muss sein!)

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit, freue mich auf die Beratungen, und zum Schluss dieser Debatte noch ein Waidmannsheil an alle.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(C)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank, Artur Auernhammer. – Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 19/26024 und 19/26179 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es weitere Überweisungsvorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir so.

Wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf morgen, Donnerstag, 28. Januar 2021, 9 Uhr, ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 19.57 Uhr)

(B)

(D)